

# Inhalt

## Abkürzungen — XIII

## Einleitung — 1

### Teil I: Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung zwischen Datenkontrolle und Schutz vor Informationsrisiken

#### 1. Kapitel: Die Entstehung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung in der Rechtsprechung des BVerfG — 9

- A. Die Entstehung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung:  
von einem bereichsbezogenen hin zu einem autonomiebezogenen  
Schutz — 10
  - I. Die allgemeine Handlungsfreiheit — 10
  - II. Das Recht auf Achtung der Privatsphäre — 12
  - III. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht — 18
  - IV. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung — 23
- B. Das Spannungsverhältnis zwischen Datenkontrolle und Schutz vor  
Informationsrisiken im Rahmen des Volkszählungsurteils — 28
- C. Zwischenergebnis — 32

#### 2. Kapitel: Neujustierung der Grundkonzeption des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung: von Verfügungsbefugnis zum gefährdungsabhängigen Schutz — 37

- A. Die Grundkonzeption des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung und die wissenschaftliche Kritik — 37
  - I. Schutzbereich — 37
  - II. Eingriff und Rechtfertigung — 41
  - III. Wirkung im Privatrecht — 44
- B. Neue Lösungsansätze in der Rechtsprechung des BVerfG: Schutz des Vertrauens und der freiwilligen Zustimmung — 46
  - I. Störung der Vertragsparität und informationelle Selbstbestimmung:  
die Entscheidung zur Schweigepflichtentbindungserklärung — 47
  - II. Das Recht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität  
informationstechnischer Systeme — 50

- C. Neujustierung der Dogmatik des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung in Richtung eines gefährdungsabhängigen Schutzes — 55
  - I. Die Veränderung des Schutzzieles und die Präzisierung des Schutzbereichs — 56
  - II. Die abwehrrechtliche Dimension — 59
  - III. Die Betonung der Schutzverpflichtung des Staates — 60
    - 1. Schutz gegen unbefugte Datenverarbeitung — 61
    - 2. Schutz gegen nur scheinbare Freiwilligkeit — 62
- D. Zwischenergebnis — 63

## **Teil II: Die Rechtmäßigkeitssstruktur des privatrechtlichen Datenschutzmodells und das Pramat der Datenkontrolle**

- 3. Kapitel: Die Rechtmäßigkeit privater Informations- und Datenverarbeitung im deutschen Recht — 69**
  - A. Die Grundlage für die Zulässigkeit der Verarbeitung personenbezogener Daten und Informationen im privaten Bereich — 69
    - I. Einwilligung — 72
    - II. Gesetzliche Tatbestände — 75
  - B. Die vernachlässigten Elemente im deutschen Datenschutzrecht — 79
    - I. Der Kontrollverlust aufgrund von Machtungleichgewicht und Verständnisdefiziten — 80
    - II. Die Wirkungen von Informationen: Risiko von künftigen Anwendungen und Entscheidungen mit nachteiligen Wirkungen — 83
  - C. Aktuelle Lösungsansätze und Tendenzen im deutschen Recht — 86
    - I. Prozedurale Mechanismen zur Sicherung einer freiwilligen Einwilligung — 86
      - 1. Verstärkung der Bedingungen für eine wirksame Einwilligung — 86
      - 2. Das Koppelungsverbot — 87
    - II. Materiale Ansätze — 89
      - 1. Die Inhaltskontrolle von allgemeinen Geschäftsbedingungen — 90
      - 2. Die Forderung nach einer konzeptionellen Annäherung zum Verbraucherschutz — 93
      - 3. Interessenabwägung nach § 28 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 BDSG — 95
  - D. Zwischenergebnis — 96

**4. Kapitel: Die Rechtmäßigkeit privater Informations- und Datenverarbeitung im europäischen Recht — 99****A. Die Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung nach der Richtlinie 95/46/EG — 101**

- I. Qualitätsvoraussetzungen: Treu und Glauben, Zweckbestimmung und -vereinbarkeit, Verhältnismäßigkeit und Erforderlichkeit — 101
- II. Zulässigkeitsvoraussetzungen für die Verarbeitung personenbezogener Daten im privaten Bereich — 105
  1. Einwilligung — 105
  2. Erlaubnistarbestände — 107

**B. Die vernachlässigten Elemente im europäischen Datenschutzrecht — 111**

- I. Der Kontrollverlust aufgrund von Machtungleichgewicht und Verständnisdefiziten — 111
- II. Die Wirkungen von Informationen: Risiko von künftigen Anwendungen und Entscheidungen mit nachteiligen Wirkungen — 113

**C. Neue Instrumente im Entwurf der Datenschutz- Grundverordnung hinsichtlich der Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung — 114**

- I. Qualitätsvoraussetzungen — 116
  1. Grundsätze der Transparenz, Verantwortlichkeit und Datensparsamkeit — 116
  2. Zur Flexibilisierung der Zweckvereinbarkeit? — 117
- II. Zulässigkeitsvoraussetzung für die Verarbeitung personenbezogener Daten im privaten Bereich — 119
  1. Beweislast, prozedurale Sicherungen und Widerruf der Einwilligung — 120
  2. Das Erkennen des Ungleichgewichts als Kriterium für die Unwirksamkeit der Einwilligung — 120
- III. *Data protection by design, data protection by default* und Maßnahmen gegen automatisierte Entscheidungen — 123

**D. Zwischenergebnis — 125**

**Teil III: Grundlinien eines zweistufigen privatrechtlichen Datenschutzmodells: Das Zusammenspiel einer gehaltvollen Zustimmung und Schutz vor Informationsrisiken**

**5. Kapitel: Leistungen und Defizite des privatrechtlichen Datenschutzmodells: kritische Würdigung hinsichtlich der Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen der Datenverarbeitung im deutschen und europäischen Recht — 129**

- A. Die grundlegende Konzeption des privatrechtlichen Datenschutzmodells — 129
  - I. Personenbezogene Daten als Schutzgegenstand — 130
  - II. Vorfeldsicherung — 132
  - III. Procedurale Struktur der Rechtmäßigkeit — 133
- B. Leistungen des privatrechtlichen Datenschutzmodells — 135
  - I. Steuerung des Datenverkehrs durch die Erlaubnisformel: Vorrechtsentscheidung und Kontextsicherung — 136
  - II. Berücksichtigung der Mehrrelationalität von Informationen und Sicherung der Einflussmöglichkeit des Betroffenen — 137
- C. Defizite des aktuellen privatrechtlichen Datenschutzmodells — 138
  - I. Die Überlastung der Einwilligung durch den dispositiven Charakter der Rechtmäßigkeitsstruktur des Datenschutzes — 138
  - II. Mangelhafte Kontrolle einer materialen Zustimmung — 140
  - III. Vernachlässigung der Wirkungen von Informationen: Risiko von künftigen Anwendungen und Entscheidungen mit nachteiligen Wirkungen — 141
- D. Zwischenergebnis — 143

**6. Kapitel: Neujustierung des privatrechtlichen Datenschutzmodells: neue Regelungsansätze zur Berücksichtigung besonderer Gefährdungslagen — 144**

- A. Besondere Gefährdungslagen: Schutzbedürfnisse und neue Regelungsansätze — 144
  - I. Tracking- und Überwachungsinstrumente im Internet und die Gefährdung der Informations- und Kommunikationsfreiheit — 146
    - 1. Abgrenzung der Gefährdungslage — 146
    - 2. Schutzbedürfnisse: Intransparenz, Kontrollverlust und flächendekkende Überwachung — 147
    - 3. Gegenwärtiger Rechtsrahmen und Schutzlücken — 155

4.	Neuer Regelungsansatz (I): Grundrechtliche Schutzpflichten und Mindeststandards für die konstitutiven Bedingungen der Informations- und Kommunikationsfreiheit — 159
II.	Informationsbasierte Entscheidungen im privaten Bereich: Risiken der Diskriminierung und der nachteiligen Wirkungen im Zeitalter von Big Data — 167
1.	Abgrenzung der Gefährdungslage — 168
2.	Schutzbedürfnisse: Intransparenz, Fehlerhaftigkeit und Diskriminierung — 169
3.	Verstärkung der Schutzbedürfnisse in Zeiten von <i>Big Data</i> — 173
4.	Gegenwärtiger Rechtsrahmen und Schutzlücken — 175
5.	Neuer Regelungsansatz (II): Objektive Kriterien für die Gewährleistung einer fairen Entscheidungsfindung — 179
B.	Die Errichtung einer doppelten Rechtmäßigkeitsstruktur und die Gewährleistung einer gehaltvollen Zustimmung — 185
I.	Zweistufiges Konzept: Weite Erlaubnisgrundlagen und spezifische Grenzen für erhöhte Gefährdungslagen — 185
1.	Kontextsicherung und Einfluss des Betroffenen — 186
2.	Risikoansatz: prozedurale und materiale Maßnahmen für erhöhte Gefährdungslagen — 188
II.	Die Gewährleistung einer gehaltvollen Zustimmung — 191
C.	Zwischenergebnis — 194

**Zusammenfassung der Arbeit und Ausblick — 199**

**Literaturverzeichnis — 204**

**Sonstige Materialien — 211**

**Sachregister — 213**